Thorner Presse.

Bezugspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 50 Pf. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

Ausgabe
täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Katharinenstraße 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Anzeigenpreis
für die Petitspaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Anzeigen werden angenommen in der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Anzeigenbeförderungsgeschäften „Invalidendank“ in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Anzeigenbeförderungsgeschäften des In- und Auslandes.
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 1 Uhr nachmittags.

Nr. 34. **Donnerstag den 9. Februar 1899.** **XVII. Jahrg.**

Die Neuregelung der Fernsprechgebühren.

Bei der Neuordnung des Fernsprechgebührenwesens ist in der Vorlage, welche dem Bundesrath zugegangen ist, darauf Bedacht genommen, eine gerechtere Vertheilung der Gebühren innerhalb des Rahmens des bisherigen Gesammtergebnisses herbeizuführen. Der „Nat.-Ztg.“ wird darüber berichtet:

Das Abonnementssystem ist beibehalten worden, und innerhalb desselben sind Abstufungen nach Maßgabe des Nutzens, den das Publikum, und der Aufwendung, die die Verwaltung hat, eingeführt. Daneben soll aber fakultativ denjenigen Theilnehmern, welchen die Abonnementsgebühr zu hoch erscheint, der Anschluß gegen Zahlung von Einzelgebühren gestattet sein. Für jeden Anschluß an ein Fernsprechnetz soll fortan eine Grundgebühr und eine Gesprächsgebühr erhoben werden. Die Grundgebühr ist die Vergütung für die Ueberlassung und Unterhaltung der Apparate, sowie für den Bau und die Instandhaltung der Sprechleitungen. Sie beträgt in Netzen von nicht über 1000 Theilnehmeranschlüssen 60 Mk., in Netzen bis 5000 Anschlüssen 75 Mk., bis 20000 90 Mk. und bei mehr als 20000 Theilnehmeranschlüssen 100 Mk. jährlich für jeden Anschluß, welcher von der Vermittelungsstelle nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. — Die Gesprächsgebühr ist die Vergütung für die Herstellung der Gesprächsverbindungen. Sie wird auf Grund der Aufzeichnungen der Vermittelungsanstalt festgestellt und ist entweder eine Pauschgebühr oder eine Einzelgebühr. Die Höhe der Pauschgebühr (Gesammtgesprächsgebühr) richtet sich nach der durchschnittlichen Zahl der Gesprächsverbindungen von nicht mehr als 3 Minuten Dauer, welche während eines Jahres auf jeden der zu einem Netz vereinigten Theilnehmeranschlüsse entfallen. Die Gesprächsgebühr beträgt für die ersten 500 Verbindungen 20 Mk., bei mehr als 500 bis inkl. 1500 Verbindungen für weitere 500 Verbindungen je 15 Mk., bis 3000 für je weitere 500 Verbindungen je 10 Mk. und bei mehr als 3000 Verbindungen für die überschießenden Verbindungen insgesammt noch 10 Mk. — Die Grundgebühr und die Gesammtgesprächsgebühr werden für jedes Netz alle 3 Jahre neu festgestellt und 3 Monate vorher bekannt gemacht. Bei eintretender Erhöhung der Gebühren können die Theilnehmer einen Monat vorher kündigen. Jeder Theilnehmer ist berechtigt, an Stelle der Gesammtgesprächsgebühr Einzelgesprächsgebühren für jede hergestellte Verbindung, mindestens jedoch für 400 Gespräche jährlich zu zahlen. Diese Einzelgebühr beträgt 5 Pfennig für die Verbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer; jede angefangene Reihe von 100 Gesprächsverbindungen wird für voll gerechnet. — Der Anschluß gegen Einzelgesprächsgebühren findet in Netzen, in welchen die Gesammtgesprächsgebühr 20 Mk. beträgt, nicht statt. — Wo Fernsprechnetze neu errichtet werden, wird während der ersten drei Jahre nach der Errichtung für jeden Theilnehmeranschluß, welcher nicht mehr als 5 Kilometer von der Vermittelungsstelle entfernt ist, eine Grundgebühr von 60 Mark und eine Gesammtgesprächsgebühr von 20 Mark für den Anschluß erhoben. — Für die Benutzung der Verbindungsanlagen zwischen verschiedenen Netzen oder Orten mit öffentlichen Fernsprechstellen werden Einzelgesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Gesprächsverbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 50 Kilometer inklusive 25 Pf., bis 100 Kilometer 50 Pf., bis 500 Kilometer 1 Mark, bis 1000 Kilometer 1,50 Mk., über 1000 Kilometer 2 Mark. — Welcher Umfang einem Fernsprechnetz zu geben ist, insbesondere ob ein solches auf den Bezirk eines Ortes zu beschränken oder auf mehrere Orte zu erstrecken ist, hängt von der Bestimmung der Verwaltung ab. Gewöhnlich werden als selbstständige Netze (sogenannte Stadt-Fernsprecheinrichtungen) nur Anlagen von mindestens fünf Theilnehmern angesehen. — Das Gesetz soll am 1. April 1900 in Kraft treten.

Politische Tagesschau.

Die dem Reichstage zugegangene Novelle zum Postgesetz enthält die bereits seit langer Zeit bekannt gewordenen Reformen: Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 g. Ausdehnung des Geltungsbereiches der Ortstaxe auf Nachbarorte, Neuregelung des Postzeitungstarifs und Begründung des ausschließlichen Rechtes der Reichspost auf die Beförderung geschlossener Briefe auch innerhalb desselben Gemeindebezirks. Die hierdurch in ihrem Geschäftsbetriebe beeinträchtigten Privatposten werden, soweit sie bereits vor dem 1. April 1898 bestanden und ohne Unterbrechung betrieben wurden, entschädigt. Auch für die Angestellten der Privatposten ist eine einmalige Entschädigung vorgesehen, deren Höhe von der Dauer ihrer Dienstzeit abhängt. Hierauf haben diejenigen Angestellten keinen Anspruch, die von der Postbehörde übernommen werden oder die Annahme einer solchen Stelle ohne ausreichenden Grund ablehnen. Der Anspruch auf Entschädigung muß innerhalb sechs Monaten schriftlich angemeldet werden, über ihn entscheidet das Reichs-Postamt. Von diesem ist Berufung an ein Schiedsgericht zulässig, das aus drei Mitgliedern des Reichsgerichts gebildet werden soll.

Offiziös wird geschrieben: Nachdem mit Ende März d. Js. die Frist abgelaufen sein wird, innerhalb deren die freien Innungen ihre Verfassung entsprechend den neuen Bestimmungen des Handwerksorganisationsgesetzes vom 26. Juli 1897 abgeändert haben müssen, wenn sie nicht eine entsprechende Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde gewärtigen wollen, wird es nicht lange mehr dauern, bis auch die letzten Abschnitte dieses Gesetzes in Kraft treten werden. Es werden nunmehr namentlich noch außer den besonderen Vorschriften über die Lehrlingsverhältnisse die Bestimmungen über die Handwerkskammern zur Geltung zu bringen sein, und man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß in naher Zeit der Entwurf einer entsprechenden kaiserlichen Verordnung dem Bundesrathe zur Berathung und Beschlußfassung zugehen wird. Ist diese Verordnung erlassen, dann ist die formelle Durchführung des ganzen Handwerksorganisationsgesetzes vollendet. Es wird sich in der Praxis dann vornehmlich nur noch um die Wahlen zu den Handwerkskammern, deren Bezirke bekanntlich schon in den meisten Bundesstaaten ihre Abgrenzung erfahren haben, handeln. Es ist zu erwarten, daß die Wahlen noch im laufenden Jahre beendigt sein werden. Bei den Wahlen werden nur diejenigen Handwerker mitzuwirken in der Lage sein, welche korporirt sind. Ob dieselben einer freien oder Zwangsinnung oder ob sie einem Gewerbevereine oder einer sonstigen, die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerkes verfolgenden Vereinigung angehören, ist dabei gleichgiltig. Die außerhalb der Korporationen stehenden Handwerker wählen nicht mit. Wahlordnungen, welche die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder auf die Wahlkörper vornehmen, sowie das Wahlverfahren regeln, werden seiner Zeit von den einzelnen Landeszentralbehörden erlassen werden. Auch an der Fertigstellung dieser Wahlordnungen wird bereits gearbeitet.

In Rumänien sind Bauern-Unruhen ausgebrochen, die man sozialistischen Umtrieben zuschreibt.

Zur Krisis in Ungarn liegt heute folgende Meldung aus Budapest vom 7. Februar vor: In der Konferenz der liberalen Partei berichtete der Ministerpräsident Baron Banffy über den bisherigen Verlauf der Kompromißverhandlungen mit der Opposition; er ersuchte die Mittheilungen nicht in Diskussion zu ziehen, da die Verhandlungen nicht abgeschlossen sein. Banffy drückte jedoch die Hoffnung aus, daß er schon in einigen Tagen in der Lage sein werde, den meritorischen Beschluß der Partei über einen Kompromiß einzuholen. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhafter Befriedigung einstimmig zur Kenntniß genommen.

Die Kriminalkammer des Pariser Kassationshofes hat ihre Untersuchung bezüglich der Revision des Dreyfusprozesses abgeschlossen. Die Akten werden dem Oberstaatsanwalt übermittelt, welcher seinen Antrag stellen wird. Die Akten mit der Antragstellung des Oberstaatsanwalts werden sodann der Kriminalkammer zugehen, welche ihren Berichterstatter ernennen wird.

Zur bonapartistischen Propaganda wird gemeldet: Die Kaiserin Eugenie hat dem Prinzen Napoleon 500000 Franks zur Abwehr orleanistischer Machenschaften verehrt. — Die französische Regierung hat, nach Zeitungs-Meldungen, wegen der Duldung der jüngsten bonapartistischen und royalistischen Umtriebe und verschiedener Zusammenkünfte unter dem Vorsitze des Prätendenten in den letzten Tagen Pariser Geheim-Agenten zur Bewachung des Prinzen Victor Napoleon nach Brüssel entsandt.

Das englische Parlament ist am Dienstag mit einer Thronrede eröffnet worden, welche die friedlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten hervorhebt und bei Besprechung der Antianarchistenkonferenz die Nothwendigkeit einer Aenderung der englischen Gesetze, betr. die Anarchisten, als wahrscheinlich bezeichnet. In Betreff der Gemeindeverfassung von London wird eine Gesetzesvorlage angekündigt.

Allein durchs Leben.

Von H. Oehmke.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

„Ja, es war recht traurig. Aber es freut mich doch, daß Ihr Schwager sich endlich entschlossen hat, das schreckliche P. zu verlassen, um in Berlin eine Stellung anzunehmen. Wie ist es denn, stehen Sie sich nicht gut mit ihm? Sie waren ja immer verschwunden, wenn er einmal einen Augenblick heraufkam. Sie verargen es ihm doch nicht etwa, daß Ihre Schwester so früh dahin mußte? Er ist doch gewiß gut mit ihr gewesen, ein so liebenswürdiger, stiller, netter Mensch, und was für schöne, melancholische Augen er hat. Was sagt er denn dazu, daß Sie fortwollen? Haben Sie sich denn schon verabschiedet? Wenn wir nach Berlin kommen, ist er am Ende schon fort. Er wollte ja erst eine kleine Erholungsreise machen, ehe er sich wieder in die Arbeit stürzte. Hat es auch wohl nöthig, sah ja entsetzlich blaß aus. Wie lange wird er denn wohl fortbleiben?“

Die alte Dame schwatzte und fragte noch eine ganze Weile. Meta aber antwortete nicht mehr. Nur ihre Augen redeten; aber was sie sprachen, war nichts als starres Entsetzen. Da drüben unter dem Hollunderbaum am plätschernden Brunnen, den Arm auf die steinerne Tischplatte gelegt, wie versunken in den herrlichen Anblick, der sich ihm bot, saß ein einsamer Mann, bei dessen Anblick ihr das Herzblut stockte. Der, den sie zu meiden wünschte — Länder und Meere wollte sie zwischen sich und den noch immer Geliebten legen —, er saß hier, nur wenige Schritte von ihr. Sie wollte fort, rasch, ehe er sich umwandte, jedoch die kleine Tante sagte erstaunt:

„Aber jetzt werden Sie doch nicht fortlaufen wollen, hier ist es ja gerade am schönsten! Sehen sie doch, welch erhabenes Bild — die ganze Nacht könnte ich hier sitzen bleiben, wenn ich nicht Angst vor meinem Rheumatismus hätte!“

Fräulein Christine hatte Recht. Es war herrlich hier. Durch die leeren Fensterhöhlen des Heinrichsbaues fluteten Ströme von Mondlicht auf die epheubewachsenen Wände. Die steinernen Ritter des Ruprechtsbaues hielten schweigend ernste Wacht, und wie schützend schienen die alten, hellenischen Götterbilder auf der höchsten Wand der Ruine zu schweben.

Auch Meta war ergriffen. Wenn nur die Angst vor jenem dort am Baume nicht gewesen wäre. Vielleicht war es nur ihre Einbildung, die ihr sein Bild vorgespiegelt hatte. Sie warf noch einmal ihre scheuen Blicke nach der Steinbank hinüber; der Mond schien zu hell, eine Täuschung war nicht möglich.

Auch Fräulein Christine hatte jetzt den einsamen Mann bemerkt, der sich nun erhob und langsam dem Thore zuschritt.

„Aber sehen Sie, Meta, sehen Sie, dort vor uns geht ja . . . wahrhaftig, er ist es, Doktor Waldow, hören Sie doch!“

Eiligst trippelte sie hinüber; auch die Herren waren plötzlich wieder da, und nun ging es ans Händeschütteln, Begrüßen und Wundern. Fritz allein, der bereits seit Ostern in Heidelberg weilte, war nicht überrascht.

„Das wäre geglückt,“ rief er, die Mütze schwenkend; „und besser noch, als ich hoffte, denn einen herrlicheren Platz und eine geeignetere Stunde giebt es wohl nicht zu einem Rendez-vous!“

Auch Meta ward vom Schwager die Hand zur Begrüßung entgegengestreckt, aber fast verletzend kühl klang ihre karge Begrüßungsformel in den allgemeinen Jubel hinein.

Sie sah nicht, daß er sie ganz betroffen anblickte, und daß ein Schatten über sein Gesicht flog. Sie wollte auch nichts sehen und nichts hören; zu lange und zu schmerzlich hatte sie gelitten, jetzt hatte sie überwunden — wenigstens redete sie es sich ein — und nun! Was war es, das wieder alle Schmerzen erweckte, als sie ihn so plötzlich wiedersah, hier wo sie ihn am wenigsten erwartet hatte? Sie wurde sentimental, das kam vom Nichtsthun. Früher, als sie Tag und Nacht arbeiten mußte, hatte sie keine Zeit zum Weinen gehabt, und nun, die ganzen Monde hindurch, wo sie in Saus und Braus gelebt, konnte sie wieder nichts denken, als an ihn, der dort draußen in dem öden Neste allein war, ohne jemand, der ihn mit Liebe und Treue umgab. Da war schon wieder eine Thräne — wahrlich, sie mußte all ihren Stolz eingebüßt haben!

Sie richtete sich energisch auf, kühlte sich die heißen Lider an dem plätschernden Wasser und ging hinter den andern her zu dem draußen haltenden Wagen.

Es war jedoch inzwischen beschlossen, zu Fuß nach dem Hotel zu gehen. Tante Christine hing sich an dem Arm „ihres“ Georg, Fritz zeigte ein auffallendes Interesse für den Lieblings-Gesprächsgegenstand des Vaters, das Geheimniß des Rosenkranzes, und so war er, der Ersehnte, der Gemiedene, Gefürchtete bald an Metas Seite.

Mit der ihm eigenen Ruhe und Sicherheit, aber mit bewegter Stimme sagte er, den Schritt merklich mäßigend, sodaß sie immer mehr zurückblieben:

„Sie haben mich wieder so fremd und kalt begrüßt, Meta, daß wirklich Muth dazu gehört, wenn ich Sie jetzt bitte, mir einen freundlichen Willkommen zu gönnen!“

Er bot ihr die Rechte mit einem ernstfragenden Blick in ihr vom Mondlicht beschienenes, sehr bleiches Gesicht.

Ach, wie war ihr so bang, so angst! „Feststehen, das ist der beste Trost!“ Ihr Wahrspruch flog ihr durch den Sinn, doch sie fühlte, ihre Festigkeit wankte bei dem Blick auf ihn und bei dem Ausdruck, der auf seinen Zügen lag.

In Spanien wird die Königin-Regentin am Mittwoch ein Dekret unterzeichnen, durch welches die verfassungsmäßigen Rechte wiederhergestellt werden und der Belagerungszustand in ganz Spanien aufgehoben wird. Ministerpräsident Sagasta äußerte sich dahin, daß er unverzüglich der Königin-Regentin ein Dekret unterbreiten werde, durch welches die Cortes einberufen werden sollen.

Der spanisch-amerikanische Friedensvertrag ist am Montag im nordamerikanischen Senat genehmigt worden, aber nur mit einer Mehrheit von drei Stimmen.

Der Kampf auf den Philippinen am Sonnabend dehnte sich nach einer Mittheilung des „Reuterschen Bureaus“ aus Manila vom Montag außerordentlich weit aus. Die Schlachtordnungen der Amerikaner und der Filipinos bildeten einen Halbkreis in einer Ausdehnung von 17 Meilen. Der erste Zusammenstoß erfolgte um 8 Uhr 45 Minuten Sonnabend Abend und wurde dadurch veranlaßt, daß die Posten bei Santa Mesa auf die Filipinos Feuer gaben, welche trotz wiederholter Warnungen die amerikanischen Linien überschritten in der offenbaren Absicht, die amerikanischen Feldwachen in ein Gefecht zu verwickeln. Auf die ersten Schüsse folgte sofort ein Gewehrfeuer auf der ganzen Linie der Filipions auf der Nordseite des Pasigflusses. Die amerikanischen Vorposten wurden auf einen Augenblick zurückgeworfen, bis Verstärkungen ankamen. Der Vorstoß wurde um 10 Uhr wieder aufgenommen. Die Filipinos zogen sich auf drei Punkte zusammen: auf Caloocan, auf Santamesa und Galingatam und unterhielten für einige Stunden ein Schützenfeuer von wechselnder Stärke. Etwa um Mitternacht hörte das Feuer bis gegen 4 Uhr morgens auf. Alsdann wurde das Feuer wieder eröffnet auf der ganzen Linie der Filipinos. Die Amerikaner antworteten mit einem kräftigen Schützenfeuer, das etwa 20 Minuten andauerte, worauf eine zweite Pause eintrat, die bis Tagesanbruch währte. Hierauf machten die Amerikaner gegen 10 Uhr den Hauptangriff, wobei sie den Gegner völlig umflügelten. Die Verluste der Filipinos werden nach einem Newyorker Telegramm aus Manila auf 2000 Todte, 3500 Verwundete und 5000 Gefangene geschätzt. Von amerikanischen Truppen haben 13000 an dem Gefecht theilgenommen, von den Filipinos 20000 Mann. Besonders schwere Verluste erlitten die Eingeborenen im Norden der Stadt durch die Geschütze der auf der Höhe von Mabate befindlichen Kriegsschiffe. Noch vor dem Kampf hat Admiral Dewey einen Interviewer des „Reuterschen Bureaus“ erklärt, er habe Aguinaldo wissen lassen, daß wenn Insurgenten in die Stadt eindringen sollten, er dieselbe in einen Stein- und Schutthaufen verwandeln würde. Dewey selbst befürwortet die Annektion nicht, wäre vielmehr für die allmähliche Zurückziehung der Truppen von den Philippinen. Die Amerikaner seien aber moralisch verpflichtet, eine stetige Regierung einzusetzen. Einer Depesche des „Newyorker Herald“ aus Washington zufolge erhielt General Otis den Befehl, den Aufständischen auf den Philippinen die Mittheilung zu machen, daß der spanisch-amerikanische Friedensvertrag ratifizirt worden sei, ferner seine Operationen fortzusetzen und die Erhebung gegen die amerikanische Oberherrschaft niederzuwerfen. Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes gingen von Manila nach Ilo-Ilo Instruktionen an den General Miller ab, nach welchen dieser sofort mit oder ohne Zustimmung der Eingeborenen Ilo-Ilo besetzen soll.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Februar 1899.

— Se. Majestät der Kaiser empfing gestern den Bildhauer Professor Brütt und betraute ihn mit der Ausführung des Standbildes Friedrich Wilhelms II. für die Siegesallee. Heute Morgen um $8^1/_2$ Uhr unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang und fuhr danach beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow vor. Später hörte der Monarch die Vorträge des Chefs des Militärkabinets, Generals von Hahnke, und des Admirals von Knorr.

— Der Kaiser nahm heute Vormittag an einem Frühstück beim General-Intendanten Grafen Hochberg theil, zu dem auch Herr L'Arronge zugezogen war. Der letztere las bei dieser Gelegenheit dem Kaiser seinen neuen, umgearbeiteten Text zu Lortzings nachgelassener Oper „Regina“ vor. Dies Werk kommt in kürzester Zeit an unserer königlichen Oper zur Aufführung, für welche Zwecke jetzt schon umfassendste Vorbereitungen getroffen werden.

— Der Kaiser wird in diesem Frühjahre, spätestens im Laufe des Juni, Elsaß-Lothringen besuchen und eine Zeit lang in Schloß Urville Aufenthalt nehmen.

— Der königliche Hof legt heute für Seine königliche Hoheit den Erbprinzen von Sachsen-Koburg und Gotha die Trauer auf zehn Tage an.

— Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat wegen der am gleichen Tage stattfindenden Beisetzungsfeier für den Grafen Caprivi das auf Donnerstag angesetzte parlamentarische Diner abgesagt.

— Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist der Ober-Präsidialrath Dr. zur Nedden in Koblenz zum Präsidenten der Regierung in Trier ernannt, der Regierungs-Präsident von Trott zu Solz zu Koblenz in gleicher Amtseigenschaft an die Regierung in Kassel versetzt, und der Landrath Frhr. August von Hövel in Essen zum Präsidenten der Regierung in Koblenz ernannt worden.

— Im Reichs-Gesundheitsamt hat gestern die angekündigte Konferenz über die Frage einer Revision des Weingesetzes ihren Anfang genommen. Vorsitzender der Konferenz ist Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Köhler, Direktor des kaiserlichen Gesundheitsamtes.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm gestern Abend die Besoldungsverbesserungen für die Unterbeamten in zweiter Lesung, zugleich aber über die Vorlage hinaus einen Antrag auf Gehaltsverbesserung für Gendarmerie-Wachtmeister an, obgleich regierungsseitig erklärt worden war, daß die Annahme solcher Anträge zum Scheitern der ganzen Vorlage führen würde.

— Die Budgetkommission des Reichstages führte heute die Berathung des Militäretats zu Ende und genehmigte die einzelnen Ansätze. In der Debatte theilte Kriegsminister von Goßler auf eine Anfrage des Abg. Dr. Lieber mit, daß weder die von der Kriegsverwaltung mit kleinkalibrigen Geschossen angestellten Versuche, noch die Erfahrungen des spanisch-amerikanischen Krieges günstig für kleinere Kaliber ausgefallen seien. In letzterem Kriege seien die Wunden zu leicht gewesen und meist schon nach vier Wochen geheilt. Die Frage sei noch in der Schwebe. Von einer Umbewaffnung der Infanterie könne einstweilen nur insoweit die Rede sein, als ein neues, wesentliche Vorzüge vor dem bisherigen aufweisendes Gewehrschloß erfunden sei und nach Maßgabe der vorhandenen verfügbaren Mittel eingeführt werde. Die Einführung von Hohlgeschossen sei keine rein militärische, sondern mehr eine ethische Frage. Es werde Sache der Abrüstungskonferenz oder sonstiger internationaler Vereinbarungen sein, unnütze Grausamkeiten zu verhüten, wie sie durch Einführung des englischen Dumdum und anderer Hohlgeschosse bedingt würden. Die deutschen kleinkalibrigen Geschosse trügen vollen Mantel; weder sei die Spitze des Mantels entfernt, noch ein Hohlraum oder Weichblei in Anwendung gebracht. Eine Veränderung des Kalibers erscheine schon deshalb ausgeschlossen, weil von den gegenwärtigen Patronen überaus große Vorräthe für Kriegszwecke aufgespeichert seien. — Bei dem Garnisonverwaltungswesen brachte Abg. Graf Roon (kons.) die früher beliebte Konzentrirung der Garnisonen in großen Städten zur Sprache. Diese sei früher aus Mobilmachungsrücksichten nothwendig gewesen, bei der heutigen Entwickelung des Eisenbahnwesens sei diese Konzentrirung aber nicht mehr erforderlich. Für die Belegung der kleinen Städte mit Garnisonen sprechen außerdem wirthschaftliche Gründe. Die kleinen Garnisonen wirken auch der „Landflucht“ entgegen. In den großen Städten würden die Leute ihrer Heimat entfremdet. In der neuen Militärvorlage scheinen die kleinen Garnisonen nicht genügend berücksichtigt. Kriegsminister von Goßler: Die Frage der kleinen Garnisonen sei seit Jahren reiflich erwogen. Man gebe kleine Garnisonen ungern auf, doch müsse dies manchmal geschehen aus militärischen Rücksichten, z. B. an der Grenze. In neuester Zeit seien 13 kleine Garnisonen neu besetzt worden, und man würde darin noch viel weiter gehen können, wenn die betreffenden Städte selbst die erforderlichen Gebäude bieten könnten. Anerbietungen kleiner Städte seien genug vorhanden, doch erfordere das Belegen mit Garnisonen mehr Geld, als manche kleinen Städte auftreiben können. 4 weitere kleinere Städte, darunter Fulda und Babenhausen, sollen demnächst Garnisonen erhalten. Seine Majestät interessire sich sehr für die Frage und sei mit der Auffassung des Kriegsministers ganz einverstanden. Abg. Müller-Fulda (Ztr.) betonte das Interesse der Landwirthschaft an kleinen Garnisonen wegen des nahen Absatzes ihrer Produkte. Abg. v. Dziembowski (Pole) wünscht, daß die Rekruten der Provinz Posen nicht nach entfernten Regimentern versetzt werden, sondern möglichst im Korpsbezirk behalten werden. Minister von Goßler erklärt, das geschehe auch im allgemeinen, doch lasse sich das nicht immer durchführen. Die Provinzen Mitteldeutschlands geben mehr Mannschaften nach Westen ab, als die Provinz Posen. Auch sei die Versetzung im Interesse der Spracheinheit und der einheitlichen Ausbildung nothwendig. Polnische Regimenter könne man nicht bilden. Wenn die deutsche Sprache in Posen durchweg und allgemein gesprochen werde, werde man vielleicht anders verfahren können. Auf Anfrage des Abg. v. Kardorff erklärt der Minister, daß die Stadt Strehlen in Schlesien, sobald irgend möglich, mit einer Garnison bedacht werden solle. Abg. Singer wünscht, daß die Soldaten bei ihrer Entlassung auf ihren Wunsch dorthin befördert würden, wo Arbeiter verlangt werden. Minister von Goßler erwidert, die Soldaten würden grundsätzlich nach der Heimat entlassen, außer wenn sie nachweisen, daß sie anderswo ein festes Arbeitsverhältniß haben. Abg. von Dziembowski beklagt, daß polnisch-katholische Mannschaften nach protestantischen Gegenden gelegt würden, wo sie keine polnischen Predigten hören. Minister von Goßler erklärt, daß dem Bedürfnisse thunlichst durch Anstellung polnisch sprechender Geistlichen genügt werde. — Bei dem Kapitel „Verwaltung der Remontedepots“ wünscht Minister von Goßler nachträgliche Bewilligung der geforderten Summe für den Bau von Arbeiterwohnungen, die bei Berathung des Extraordinariums abgelehnt worden sind. Es wird eine Subkommission (Dr. Paasche, Graf Stolberg und Müller-Fulda) eingesetzt, die mit Geh. Rath Appelius die bezügliche Frage nochmals eingehend prüfen soll. — Beim Militär-Veterinärwesen wird auf Anfrage des Grafen Klinckowstroem durch General v. d. Boek mitgetheilt, daß zwei Prozent der Armeepferde von der Influenza befallen gewesen seien. Eine Besorgniß wegen weiterer Ansteckung sei unbegründet. Impfversuche mit einem Schutzserum seien noch nicht abgeschlossen. — Am Mittwoch beginnt die Kommission die Berathung der Militärvorlage.

— In der Justizkommission des Reichstages konstatirte heute in der fortgesetzten Berathung über den Antrag Rintelen auf Einführung der Berufung Staatssekretär Nieberding, er habe zu der Frage der Besetzung der Strafkammern nur erklärt, daß die verbündeten Regierungen noch keine Stellung zu dem Kompromißantrage genommen hätten. Uebrigens sei in den nächsten Jahren eine Reform der Strafprozeßordnung nicht zu gewärtigen wegen der Ueberlastung mit anderen Gesetzgebungsarbeiten.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abgeordneten Kreitling (freis. Volkspartei), Vertreter des zweiten Berliner Wahlkreises, für ungiltig.

— Im Reichstage haben Graf Bismarck-Bohlen (kons.) und Genossen zur 2. Lesung des Militäretats die Resolution beantragt, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Diensteinkommen der Zahlmeister und Roßärzte, den für die anderen Militärbeamten zu gewährenden Gehaltsverbesserungen entsprechend, baldthunlichst zu erhöhen.

— Die „Wirthschaftliche Vereinigung“ des Reichstages hat sich nunmehr konstituirt. Der Vorstand besteht aus folgenden fünf Mitgliedern: Rettich (kons.), Kardorff (Rp.), Oriola (natlib.), Liebermann (Rfpt.), Wangenheim (Bund der Landwirthe). Als Stellvertreter sind Frege (kons.), Gamp (Rp.), Paasche (natlib.), Eßlinger (b. k. Fr.), Roesicke (Bund der Landwirthe) gewählt worden. Zum Vorsitzenden ist Rettich, zum Stellvertreter Oriola gewählt.

— In Sachen des Großschifffahrtsweges Berlin-Stettin empfing der Landwirthschaftsminister Freiherr von Hammerstein-Loxten eine Abordnung des Binnenschifffahrtsvereins für den Norden und Westen und die Provinz Brandenburg.“ Er erklärte, daß die Entscheidung über die zu wählende Linie nach keiner Richtung präjudizirt sei, sie vielmehr von dem Ergebniß der im Gange befindlichen eingehenden, sachlichen Prüfung durch die Regierung abhänge.

Graf Caprivi †.

Die Kaiserin sandte folgendes Te[le]gr[a]mm an den Generalleutnant von Caprivi in Potsdam: „Ich spreche Ihnen und Ihrer Familie bei dem Hinscheiden Ihres in Krieg und Frieden hochverdienten und von mir hochverehrten Herrn Bruders meine innigste und aufrichtigste Theilnahme aus. Seine überall bewährte echt ritterliche Treue, seine aufopfernde Selbstlosigkeit werden mir stets unvergessen bleiben.“

Der König von Württemberg, die Großherzoge von Baden, Oldenburg und Sachsen-Weimar, der Prinz-Regent von Braunschweig, sowie der König der Belgier sandten Beileidsdepeschen nebst Kranzspenden. Ebenso sandten der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, der Reichstagspräsident Graf Ballestrem, der Kommandeur des 10. Armeekorps, General der Infanterie von Seebeck, und viele andere hohe Persönlichkeiten Beileidstelegramme. Außer dem Infanterie-Regiment Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (Ostfriesisches) Nr. 78, dessen Chef Graf von Caprivi war, werden auch Abordnungen anderer Regimenter an den Beisetzungsfeierlichkeiten theilnehmen, ebenso wird die Flotte durch verschiedene Deputationen der obersten Marinebehörden vertreten sein.

Staatsminister Graf v. Posadowsky wird Donnerstag früh namens des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe an der Beisetzung des verewigten früheren Reichskanzlers Grafen v. Caprivi theilnehmen.

Der „Reichsanzeiger“ widmet dem Grafen Caprivi einen längeren Nachruf, worin es heißt: „Im März 1890 unterzog sich Caprivi mit Hingebung der schwersten Aufgabe, die ihm gestellt werden konnte, indem er auf den Ruf des Kaisers den Platz einnahm, den der größte Staatsmann der preußischen und der deutschen Geschichte freigelassen hatte. Caprivi's staatsmännische Thaten während des folgenden Lustrums gipfelten im Abschluß von Handelsverträgen mit einer Reihe der bedeutendsten europäischen Staaten und in der Durchführung wichtiger Neuerungen auf dem Gebiete des Militärwesens. Sein gesammtes an Verdiensten reiches Wirken während dieser Zeit mit Objektivität und Billigkeit zu würdigen, wird dereinst der Geschichtsschreibung obliegen.“

Provinzialnachrichten.

Culm, 6. Februar. (Eine geheimnißvolle Mordgeschichte) ist durch einen aus Chicago bei einem Gemeindebeamten des Kreises Graudenz eingegangenen Brief zur Kenntniß der Behörden gelangt. Der Schreiber des Briefes erzählt, daß er im Jahre 1879 Zeuge eines in einem Kruge auf Rondsener Gebiet begangenen Mordes gewesen sei. In dem von dem Absender des Schreibens bezeichneten Krug, der übrigens jetzt nicht mehr existirt, sei ein Reisender, der sich im Besitz von Geldmitteln befunden habe, von den Wirthsleuten überfallen und ermordet worden. Die Leiche des Ermordeten hätten die Mörder in der Nähe des Kruges vergraben. Sein Gewissen, so schließt der Briefschreiber, habe ihm keine Ruhe gelassen, bis er den Mord zur Anzeige gebracht habe. — Erwähnt sei zu der Angelegenheit, daß bei den Erdarbeiten zu dem Bau der Bahn Thorn-Marienburg im Jahre 1882 oder 1883 ein männlicher

---

Sie wollte ihre Hand schnell zurückziehen, er aber legte sie sanft auf seinen Arm, ohne seine Augen von den ihren abzuwenden.

„Das war ein trostloses Jahr, Meta, das jetzt hinter mir liegt,“ sprach er halblaut, und seine Stimme klang so weich, so bestrickend, wie damals, als er sagte: „Wie herrlich muß es sein, so geliebt zu werden!“

Nein, sie wollte nicht unterliegen, nicht wieder vergeblich. — — Sie versuchte ihren Arm zu lösen, aber er fuhr unbeirrt fort:

„Es war eine schreckliche Zeit, Meta. Sie glauben nicht, wieviel Elend in den Worten liegt: nicht wissen, wohin mit seiner Liebe. Ich habe dieses Elend bis auf den Grund gekostet; Susi, unser aller Liebling, mein Weib, mein einziger Schatz, war todt, und ich glaubte lange, es sei in mir alles erstorben für immer. Aber in diesen langen Winterabenden, wo ich einsam in meinem Zimmer saß und mich mit den Erinnerungen an meinen schönen Liebling quälte, da wurde mir mit meinem kranken Herzen und meiner zerrissenen Seele die Einsamkeit zur Marter. Ich sehnte mich nach Menschenaugen, aus denen mir Liebe entgegenleuchtete, wie ich sie gekannt und verloren hatte. Eine wußte ich, die mich lieb hatte, und ich wußte auch, sie hatte mich nicht ganz vergessen, wenn sie auch das weite Meer zwischen uns legen wollte. In ihrem Charakter liegt die Treue, und in ihren Augen kann man sie lesen. — Was schrecken Sie vor mir zurück, Meta? Ich will ja keinen Namen nennen, und es war auch durchaus nicht meine Absicht, Ihnen dies alles heute schon zu sagen. Aber eines möchte ich Sie fragen, Meta, nur das eine: Habe ich geirrt, wenn ich annahm, daß ein Mädchen, welches liebt, auch vergeben könnte, daß es nicht die erste Liebe des Mannes war? Daß sein Herz zu ihr kommt noch schwach und krank, aber voll tiefer Sehnsucht, die Treue zu verdienen, diese Liebe erwidern zu dürfen? — Sagen Sie mir, Meta, — habe ich mich getäuscht? Muß ich mein einsames, freudloses Dasein weiterspinnen ohne den Trost, vergangenes Unrecht sühnen zu dürfen?“

Er blieb stehen.

Weit waren die andern voraus. Meta zitterte.

Ihre Augen irrten wie Hilfe erspähend umher.

Kein Mensch rings herum.

Tiefe, heilige Stille. Nur der Chor der Nachtigallen, ein unendliches Klagen und Seufzen, unterbricht sie.

„Sagen Sie mir, Meta, nur das eine Wort: Habe ich mich geirrt?“

„Nein“ — rang es sich endlich von ihren Lippen, und weinend und bebend lag sie in seinen Armen.

„Dem Frühling entgegen!“

Leichnam in der Nähe des in dem Briefe erwähnten Gebietes gefunden worden ist.

Elbing, 7. Februar. (Der Entwurf des Kämmerei-Hauptetats) für das nächste Jahr balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 1134210 Mk. (im vorigen Jahr mit 1136857 Mk.). Durch die Kommunalsteuer sind 703600 Mk. aufzubringen, im vorigen Jahre waren es 720512 Mk.

Danzig, 7. Februar. (Nachruf.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten widmete der Vorsitzende Damme dem Ehrenbürger der Stadt Danzig, Grafen Caprivi, einen warmen Nachruf. Der Magistrat sandte an die Hinterbliebenen eine Beileidsadresse und eine prächtige Blumenspende für den Sarg. Von allen städtischen Gebäuden wehen Trauerflaggen.

Lyck, 6. Februar. (Wegen eines vor drei Jahren verübten Mordes) wurden neulich die Grundbesitzer Kotzan'schen Eheleute in Gutten, Kreis Lötzen, verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert. Diese werden nämlich beschuldigt, im Jahre 1896 gemeinschaftlich den Grundbesitzer Weiß in Gutten, der eines Morgens hinter einer Scheune eines Grundstücks mit gespaltenem Schädel als Leiche aufgefunden wurde, vorsätzlich ermordet zu haben. Frau K. ist in erster Ehe mit Weiß verheirathet gewesen und soll schon zu dessen Lebzeiten ein Liebesverhältniß mit ihrem jetzigen Ehemann, der damals als Knecht bei W. diente, unterhalten haben. Sie hat auch gleich nach der Ermordung ihres ersten Mannes ihren Liebhaber geheirathet. Schon im Jahre 1896 wurden die K.'schen Eheleute auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Lyck als der Thäterschaft verdächtig in Untersuchungshaft genommen, jedoch bereits nach einiger Zeit wegen Mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihre jetzige Verhaftung ist besonders durch die Tochter der Frau K. aus ihrer ersten Ehe veranlaßt worden. Diese wurde nämlich in letzter Zeit von ihren Eltern öfters gemißhandelt und hat nun kürzlich, als sie wieder mit Schlägen traktirt wurde, in Gegenwart von Zeugen ihrer Mutter und ihrem Stiefvater folgende inhaltsschweren Worte ins Angesicht geschleudert: „Ihr wollt mich wohl auch todtschlagen, wie Ihr meinen Vater todtgeschlagen habt!" Die Inhaftirten stellen ihre Thäterschaft nach wie vor entschieden in Abrede.

Lokalnachrichten.

Thorn, 8. Februar 1899.

— (Der Westpreußische Provinzialausschuß) trat gestern, Dienstag, Vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Regierungsrath Döhn-Dirschau in Danzig zusammen. Herr Oberpräsident v. Goßler wohnte der Sitzung bei. Herr Landesrath Hinze machte die üblichen geschäftlichen Mittheilungen. Herr Oberpräsident v. Goßler hat auch für 1899/1900 zur Förderung des Obstbaues in der Provinz, insbesondere zur Vertheilung von Obstbäumchen an Kleingrundbesitzer und Lehrer gegen Vergütung von 25 Proz. des Kostenpreises, die Bewilligung einer Provinzialbeihilfe von 2000 Mk. beantragt. In dem Erlaß theilt der Herr Oberpräsident gleichzeitig mit, daß die für 1898/99 seitens des Staates der Provinz zur Verfügung gestellte Summe vollkommen zur Verwendung gelangte und daß zu erwarten ist, daß auch für 1899/1900 zu diesem Zwecke eine allgemeine Staatsbeihilfe gewährt werde. Die Kommission für die westpreußische Provinzialhilfskasse hat in der letzten Sitzung 38000 Mk. neue Darlehne bewilligt, und zwar der Jastremker Brennerei (e. G. m. b. H.), Kreis Flatow, 16500 Mk., der Entwässerungs-Genossenschaft Hietze, Kreis Berent, 12000 Mk., der Entwässerungs-Genossenschaft zu Altpalleschken, Kreis Berent, 9500 Mk. Für die ersten beiden Darlehnen soll die Ermäßigung des Zinsfußes auf 3½ Proz. bei dem Provinzialausschuß nachgesucht werden. — In den Provinzial-Irrenanstalten befanden sich am 31. Dezember 1499 Kranke, und zwar 750 Männer und 749 Frauen, davon in Schwetz 437, Neustadt 486, Konradstein 576. — Die bei der Westpreußischen Immobiliar-Feuersozietät in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1898 liquidirten Brandentschädigungen haben bei 261 Bränden 467726 Mark betragen, während in derselben Zeit des Vorjahres bei 307 Bränden 493358 Mark liquidirt worden sind. Hierauf trat der Ausschuß in die Tagesordnung ein.

— (Neue Eisenbahnbauten.) Ein soeben von der Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegter umfangreicher Bericht über die Ausführung von Eisenbahnstrecken, für welche durch die bekannten Eisenbahnvorlagen Kredite bewilligt sind, macht über die in der vorjährigen Sekundärbahnvorlage vom 20. Mai bewilligten neuen Linien in unserem Osten folgende Mittheilungen: Bau einer Eisenbahn von Angerburg nach Bischdorf (bewilligt 6030000 Mk.); die gesetzlichen Vorbedingungen sind noch nicht erfüllt. Bau einer Eisenbahn von Broddydamm nach Dt.-Eylau (2967000 Mk.); die Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen ist gesichert; die Betheiligten beabsichtigen, den erforderlichen Grund und Boden zu überweisen. Mit den ausführlichen Vorarbeiten ist begonnen. Bau einer Eisenbahn von Schöneck nach Czerwinsk (4565000 Mk.); die Verhandlungen wegen Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen sind noch nicht beendet. Bau einer Eisenbahn von Schlochau nach Reinfeld in Pommern (3565000 Mk.); wie vor. Bau einer Eisenbahn von Falkenburg in Pommern nach Graudenz (5100000 Mk.); die Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen ist gesichert; die Betheiligten beabsichtigen, den erforderlichen Grund und Boden zu überweisen. Die ausführlichen Vorarbeiten sind in Angriff genommen. Bau einer Eisenbahn von Bublitz nach Pollnow (1660000 Mk.); die Verhandlungen wegen Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen sind noch nicht beendet.

— (Die Zuchthengst-Station) für die linksseitige Weichselniederung ist diesmal nicht mehr in Kostbar, sondern in Rudak untergebracht und zwar auf dem Gehöft des Gastwirths Tews dortselbst. Die Station liegt nun in der Mitte des Bezirks.

— (Kolonialverein.) In der gestern im Fürstenzimmer des Artushofes abgehaltenen Jahresversammlung der Abtheilung Thorn der deutschen Kolonialgesellschaft erstattete der Vorsitzende, Herr Gymnasialoberlehrer Entz, den Bericht über das Jahr 1898. In diesem ersten Geschäftsjahr hat der Verein die erfreulichste Entwickelung genommen, da die Mitgliederzahl schon bis auf 151 gestiegen ist. In den Monatsversammlungen wurden jedesmal Vorträge gehalten, zum Theil von auswärtigen Rednern, wie Chefredakteur Bley-Königsberg, Hauptmann Ramsey und Dr. Dove. Von den damit verbundenen Ausstellungen kolonialer Erzeugnisse lieferte die letztere einen Ueberschuß von 50 Mk. Außerdem veranstaltete der Verein auf Anregung aus der Reihe seiner Mitglieder im Berichtsjahre einen Bismarck-Kommers am Geburtstage des Altreichskanzlers, welcher der letzte bei Lebzeiten desselben war. Auf der Jahresversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft in Danzig waren auch Mitglieder unseres Vereins anwesend, und als besonderer Abgeordneter war Herr Major Seydel entsandt. Eine stärkere Vertretung der östlichen Provinzen im Gesammtvorstande der Hauptgesellschaft, die von dem Vorstande des hiesigen Vereins angeregt wurde, hat sich diesmal noch nicht erreichen lassen. An den Vorsitzenden der deutschen Kolonialgesellschaft, den Herzog-Regenten von Mecklenburg-Schwerin, hat der Verein zu dessen Geburtstage ein Glückwunsch-Telegramm abgesandt, auf welches ein Antwortschreiben eingegangen ist. Zur Vorführung von Lichtbildern hat der Vorstand ein Skioptikon gekauft, dessen Anschaffungskosten sich aber höher stellten, als man gerechnet, nämlich auf 300 Mk. Auf das Skioptikon sind bereits aus der Vereinskasse 75 Mk. gezahlt, und ein ebenso hoher Betrag kam für diesen Zweck durch freiwillige Spenden von Vereinsmitgliedern zusammen. Ein Vortrag mit Vorführung von Lichtbildern hat bekanntlich bereits stattgefunden. Der Vorsitzende schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Verein im neuen Jahre einen noch höheren Stand der Mitgliederzahl erreichen werde. Zur Gewinnung neuer Mitglieder werde der Vorstand Werbebriefe versenden, die ihm von der Hauptleitung zur Verfügung gestellt sind. Die Kolonialvereinssache verdiene die kräftigste Unterstützung. Vor zehn Jahren hatten die Kolonialvereine den Zweck, der kolonialen Idee Boden zu verschaffen. Heute sei ja dieses erste Ziel erreicht, aber überflüssig seien die Kolonialvereine damit nicht geworden, denn nun gelte es, dafür zu sorgen, daß das Verständniß für die hohe Bedeutung der deutschen Kolonien in immer weiteren Kreisen verbreitet wird, und mitzuwirken an der weiteren Kräftigung der deutschen Kolonialpolitik, namentlich durch die Thätigkeit des Parlaments. Der Schatzmeister des Vereins, Herr Hauptmann Maltitz, legte die Rechnung für 1898, die in Einnahme 1687,61 Mark und in Ausgabe 1574,41 Mark beträgt und mit einem Bestande von 113,20 Mark abschließt. Nachdem die Rechnung durch die Herren Telegraphendirektor Dous und Hauptamts-Rendant Fleischhauer geprüft, wurde dem Schatzmeister Entlastung ertheilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder- und für den verzogenen Herrn Major Seydel, welcher stellvertretender Vorsitzender war, Herr Hauptmann Röhrig neugewählt. Die Vorstandsämter vertheilt der Vorstand unter sich. Für seine Mühewaltung sprach die Versammlung dem Vorstande Dank aus. Zum Schluß der Versammlung wurde angeregt, außer der regelmäßigen Monatsversammlung noch 14tägige Zusammenkünfte zum Gedanken- und Meinungsaustausch über koloniale Fragen abzuhalten. Die Anregung wird der Vorstand in Erwägung ziehen. Eine weitere Anregung ging dahin, bei dazu geeigneten Vorträgen eine Diskussion einzuführen; dem wurde zugestimmt. — Auf den morgen, Donnerstag, stattfindenden Vortragsabend sei nochmals hingewiesen.

— (Der Stenographen-Verein) hält am Freitag den 10. d. Mts. abends 8½ Uhr im Vereinslokale bei Dylewski seine ordentliche Monatsversammlung ab, auf deren Tagesordnung u. a. Statutenberathung und Vereinsbeitrags-Erhöhung steht. — Sonnabend den 11. d. Mts. veranstaltet der Verein in den Räumen des Ziegelei-Etablissements ein Winter-Vergnügen, bestehend in humoristischen Vorträgen und Tanz.

— (Handwerker-Verein.) Das zweite Wintervergnügen findet am nächsten Montag im Schützenhause statt und besteht in Konzert, Theater und Tanz.

— (Geselligkeitsverein deutscher Katholiken.) Gestern Abend 8½ Uhr fand im großen Schützenhaussaale die Versammlung der deutschen Katholiken behufs Beschlußfassung über die Statuten des zu gründenden „Geselligkeitsvereins deutscher Katholiken" statt. Es hatten sich etwa 100 Personen eingefunden, welche die von einem vorbereitenden Ausschuß ausgearbeiteten Satzungen nach einigen Abänderungen annahmen. Da nach der zweistündigen Debatte die Zeit bereits zu weit vorgerückt war, wurde von der Wahl des Vorstandes einstweilen Abstand genommen und di[illegible], sowie einige Ergänzungen und redaktionelle Aenderungen an den Satzungen für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt. Darauf erklärte ein großer Theil der Versammelten etwa 75 durch Namensunterschrift ihren Beitritt. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß der Verein, was mehrfach betont wurde, keine Feindseligkeiten in konfessioneller oder nationaler Beziehung bezwecke, sondern daß er seine Aufgabe in der Pflege religiöser Gesinnung und echter Geselligkeit erblicke. Es wurde besonders noch hervorgehoben, daß der Verein als solcher zu den Bestrebungen auf die Einführung deutscher Andachten während des Hauptgottesdienstes in einer Pfarrkirche Thorns keine entscheidende Stellung einnehme, daher auch die diesbezüglichen Meldungen der polnischen Presse unzutreffend seien. Weiter bestimmen die Satzungen, daß monatlich zweimal gesellige Zusammenkünfte in einem noch zu bestimmenden Lokale abzuhalten sind, in welchen Vorträge gehalten und auch in anderer Weise für die Unterhaltung der Mitglieder gesorgt werden soll. Außerdem soll mit Unterstützung des Barromäusvereins in Bonn eine Bibliothek angeschafft und ferner ein Gesangverein gegründet werden. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene deutsche Katholik werden; jedoch hat über seine Aufnahme der Vorstand zu entscheiden. Das einmal zu entrichtende Eintrittsgeld beträgt eine Mark und der jährliche Mitgliedsbeitrag 3 Mk. Letzterer Beitrag ist deshalb so niedrig bemessen worden, damit auch die minder bemittelten Katholiken dem Verein beitreten können. Auch Damen können als passive Mitglieder aufgenommen werden, die jedoch nicht stimmberechtigt sind. Zur Wahl des Vorstandes ist die Versammlung auf nächsten Donnerstag den 16. Februar abends 8½ Uhr im großen Saale des Schützenhauses anberaumt.

— (Der 35. polnische Landwirthschaftstag), welcher hier gestern im Saale des Museums stattfand, wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn von Parczewski-Belno eröffnet, welcher zunächst eine Gedächtnißansprache für den verstorbenen Präses, Herrn v. Slaski, hielt. In seinem Ueberblick über die wirthschaftliche Lage des verflossenen Jahres sagte Redner, daß der diesjährige Ernteertrag ein außergewöhnlich guter war, einen Strich durch die Rechnung machte jedoch der frühe Herbstfrost. Auch unter dem Arbeitermangel hatten die Landwirthe zu leiden. Auf eine Oeffnung der Grenze sei nicht zu rechnen, und die einzige Hoffnung besteht darin, daß die Industrie durch ihre Erfindungen die fehlende Arbeitskraft ersetzen wird. Eine große Zukunft wird, wie es scheint, die Elektrizität auf diesem Gebiete haben. Anschließend hieran hielt Herr von Sczaniecki-Nawra einen Vortrag über „Eine falsche Sparsamkeit in der Landwirthschaft". Einen weiteren Vortrag hielt dann Herr von Donimirski-Lissomitz. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, und an Stelle des Herrn v. Slaski wählte die Versammlung Herrn von Sczaniecki-Nawra zum Präses. In Verbindung mit dem Landwirthschaftstage, an dem auch zahlreiche Abgeordnete aus der Provinz Posen und aus Galizien theilnahmen, wurde abends der übliche Ball im Artushofe abgehalten, der immer ein Rendezvous der ersten polnischen Gesellschaftskreise bildet.

— (Der Bau eines Spritzenhauses) mit Steigerthurm und allem sonstigen Zubehör scheint nun endlich in die Wege geleitet zu sein. Der Sicherheitsausschuß hat sich für ein vom Herrn Stadtbaumeister Leipolz ausgearbeitetes Projekt entschieden und die Inangriffnahme des Baues wird nun nach Genehmigung der Stadtverordneten wohl bald erfolgen.

— (Die Garnison-Eisbahn) auf dem Festungsgraben zwischen Culmer u. Brombergerthor ist heute der Benutzung übergeben worden. Zutritt zu der Bahn haben nur die Mitglieder der Eisbahn-Gesellschaft und die besonders berechtigten Gäste.

— (Schwurgericht.) In der heutigen Sitzung fungirten als Beisitzer die Herren Landgerichtsrath Schultz und Landrichter Hirschfeld. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Gerichtsassessor Paesler. Gerichtsschreiber war Herr Referendar Schnitzker. Zur Verhandlung gelangten auch heute wieder zwei Sachen. In der ersteren standen der Zimmermann Franz Jasinski aus Thorn und dessen Ehefrau Hedwig Jasinski geb. Jarotzki von hier unter der Anklage des wissentlichen Meineides bezw. der Anstiftung dazu. Vertheidiger des angeklagten Ehemannes war Herr Rechtsanwalt Warda, der angeklagten Ehefrau Herr Rechtsanwalt Dr. Stein. Die Anklage stützte sich auf nachstehenden Sachverhalt: Gegen den Fleischer Hermann Runkowski aus Thorn war im Sommer v. Js. das Strafverfahren wegen Körperverletzung und Beleidigung eingeleitet und Termin zur Verhandlung über diese Anschuldigungen vor dem königlichen Schöffengericht hierselbst anberaumt worden. Runkowski sollte sich dieser Strafthaten in Bezug auf den jetzigen Angeklagten Franz Jasinski schuldig gemacht haben. Im Verhandlungstermin kam es darauf an, festzustellen, ob der heutige Angeklagte Franz Jasinski seine Ehefrau mißhandelt habe. Ueber diese Thatsache wurden die beiden jetzigen Angeklagten in einem neuen Verhandlungstermine eidlich als Zeugen vernommen. Sie stellten beide eidlich in Abrede, daß eine Mißhandlung der Frau Jasinski seitens ihres Ehemannes jemals stattgefunden habe. Diese Aussage soll der Wahrheit widersprechen, denn thatsächlich soll Jasinski seine Ehefrau häufig geschlagen haben, und zwar einige Male derart, daß sie bei fremden Leuten Schutz suchen mußte. Nach der Anklage soll Franz Jasinski sich aber nicht nur des Meineides, sondern auch noch der Anstiftung zu diesem Verbrechen schuldig gemacht haben, indem er seine Ehefrau beeinflußte, die Unwahrheit zu bekunden und zu beschwören. Während der Ehemann Jasinski die Behauptungen der Anklage bestritt, gestand die Ehefrau ein, sich des Meineides schuldig gemacht zu haben. Sie will zu diesem Verbrechen von ihrem Ehemanne durch Drohungen gezwungen worden sein. Unter anderem habe ihr Ehemann geäußert, daß sie als Leiche vor seinen Füßen liegen und daß er von ihrem lebendigen Leibe Riemen schneiden werde, wenn sie nicht nach seinem Willen aussagen sollte. Aus Furcht vor Mißhandlungen habe sie darauf die Unwahrheit ausgesagt und beschworen. Der Ehemann Jasinski bestritt die Richtigkeit dieser Angaben mit dem Hinweise darauf, daß seine Ehefrau stark trinke und manchmal nicht wisse, was sie spreche. Er habe sich über den liederlichen Lebenswandel seiner Ehefrau oft und sehr geärgert und in seinem Aerger sich ebenfalls öfter einen Rausch angetrunken. Wenn er seine Ehefrau thatsächlich geschlagen haben sollte, so könne dies nur in sinnloser Trunkenheit geschehen sein. Er könne sich indessen nicht auf eine Mißhandlung seiner Ehefrau besinnen. Die Geschworenen hielten auf Grund der Beweisaufnahme den angeklagten Ehemann im Sinne der Anklage für überführt und bejahten in Bezug auf ihn die Schuldfragen. Hinsichtlich der Frau Jasinski nahmen sie an, daß sie unter dem Druck ihres Ehemannes den Meineid geleistet habe, und sie billigten ihr aus diesem Grunde die Vergünstigung des § 157 Abs. 2 St.-G.-B. zu. Diesem Spruche gemäß verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Franz Jasinski zu 3 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, die Frau Jasinski zu 6 Monaten Gefängniß. Zugleich wurde Franz Jasinski für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

— (Einen guten Fang) machte gestern Abend 6 Uhr der Polizeisergeant Mischko in der Breitenstraße. Er traf die wiederholt mit Zuchthaus bestrafte unverehelichte Auguste Schoenjan aus Mocker mit einem großen Ballen Zeug beladen. Die Sch. gab an, das Stück (gegen 100 Meter lang im Werthe von 30 Mark) gefunden zu haben. Hinzugekommene Leute [illegible] aber, daß sie das Stück aus der Lade[illegible] des Kaufmanns Heymann gestohlen hat, [illegible] war es auch. Die Sch. wurde verhaf[illegible] ist nur unlängst aus dem Zuchthause en[illegible] worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Februar. Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet am 21. Februar statt.

Mährisch-Ostrau, 7. Februar. Die Explosion im Theresienschachte in Polnisch Ostrau erfolgte durch die Entzündung von Kohlenstaub, welche durch einen abgegebenen Schuß verursacht wurde. Derjenige, welcher den Schuß abgefeuert hatte, erlitt an den Händen und im Gesichte Brandwunden. Zwei, anscheinend leblos aus der Grube ans Tageslicht beförderte Schlepper wurden durch die Bemühungen der Aerzte ins Leben zurückgerufen; dieselben sind nur leicht verletzt.

Pest, 7. Februar. Die Kleinczeller Sparkasse (Eisenburger Comitat) beschloß heute, den Konkurs anzumelden, da infolge langjähriger Veruntreuungen ein ungedecktes Defizit von einer halben Million Gulden konstatirt worden ist. Die Spareinlagen im Betrage von 1¼ Million Gulden sind gesichert, da die Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsraths vollständige Deckung geboten haben.

Washington, 7. Februar. Eine amtliche Depesche des Generals Otis aus Manila vom heutigen Tage meldet, die um Manila konzertrirten Truppen der Aufständischen stammten aus den Provinzen von Luzon; es waren dieses über 20000 Mann, welche mit Mausergewehren neuesten Modells bewaffnet waren und auch einige Schnellfeuergeschütze besaßen. Die Amerikaner erbeuteten zwei Feldgeschütze und eine große Anzahl Gewehre. Die Verluste der Amerikaner beziffern sich wahrscheinlich auf insgesammt 250, die der Insurgenten sind aber schwer; die Amerikaner bestatteten 500 gefallene Insurgenten und machten ebenso viele zu Gefangenen. Die Insurgenten verloren an Todten, Verwundeten und Gefangenen wahrscheinlich 4000 Mann. Nach einem nicht unbedeutenden Scharmützel nahmen gestern die Amerikaner die 6 Meilen vor Manila liegende Pumpstation und die Wasserwerke; die Pumpen waren beschädigt, werden aber binnen einer Woche wieder betriebsfähig sein.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Wartmann in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	8. Feb.	7. Feb.
Tend. Fondsbörse: matt.		
Russische Banknoten p. Kassa	216–40	216–35
Warschau 8 Tage	215–85	—
Oesterreichische Banknoten	169–50	169–55
Preußische Konsols 3 %	93–	92–80
Preußische Konsols 3½ %	101–50	101–40
Preußische Konsols 3½ %	101–50	101–40
Deutsche Reichsanleihe 3 %	92–80	92–80
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	101–70	101–60
Westpr. Pfandbr. 3 % neul. II.	90–70	90–70
Westpr. Pfandbr. 3½ % " "	99–40	99–30
Posener Pfandbriefe 3½ %	99–40	99–40
" 4 %	—	—
Polnische Pfandbriefe 4½ %	—	101–
Türk. 1 % Anleihe C	28–65	28–90
Italienische Rente 4 %	95–60	95–70
Rumän. Rente v. 1894 4 %	91–80	91–70
Diskon. Kommandit-Antheile	203–25	202–75
Harpener Bergw.-Aktien	180–80	183–80
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127–50	127–
Weizen: Loko in Newyork Oktb.	82⅞	81¾
Spiritus: 50er loko	—	—
70er loko	39–10	39–40

Bank-Diskont 5 pCt., Lombardzinsfuß 6 pCt. Privat-Diskont 5⅛ pCt. Londoner Diskont 3 pCt.

Berlin, 8. Februar. (Spiritusbericht.) 70er Umsatz 10500 Liter 39,10 Mk.

Königsberg, 8. Februar. (Spiritusbericht.) Zufuhr 15000 Liter. Tendenz höher. Loko 39,70 Mk. Gd., Februar 38,50 Mk. Gd., Februar/März 38,50 Mk. Gd., Frühjahr 40,00 Mk. Gd.

Berlin, 8. Februar. (Städtischer Centralviehhof.) Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 310 Rinder, 1953 Kälber, 886 Schafe, 8605 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogr. Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: Ochsen: 1. vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 6 Jahre alt — bis —; 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete — bis —; 3. mäßig genährte junge und gut genährte ältere — bis —; 4. gering genährte jeden Alters — bis —. — Bullen: 1. vollfleischige, höchsten Schlachtwerths — bis —; 2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — bis —; 3. gering genährte 47 bis 50. — Färsen und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — bis —; 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens sieben Jahre alt — bis —; 3. ältere, ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — bis —; 4. mäßig genährte Kühe u. Färsen 47 bis 49; 5. gering genährte Kühe und Färsen 44 bis 46. — Kälber: 1. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 70 bis 72; 2. mittlere Mast- und gute Saugkälber 63 bis 68; 3. geringe Saugkälber 58 bis 61; 4. ältere, gering genährte Kälber (Fresser) 42 bis 45. — Schafe: 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 58 bis 60; 2. ältere Masthammel 52 bis 56; 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 46 bis 50; 4. Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — bis —. — Schweine für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 52—53 Mk.; 2. Käser — Mark; 3. fleischige 50—51; 4. gering entwickelte 48 bis 49; 5. Sauen 48 bis 49 Mk. — Verlauf und Tendenz des Marktes: Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 130 Stück unverkauft. — Der Kälberhandel gestaltete sich langsam. — Bei den Schafen wurden etwa 650 Stück verkauft. — Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird ziemlich geräumt

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.

Beilage zu Nr. 34 der „Thorner Presse“

Donnerstag den 8. Februar 1899.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 7. Februar 1899, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Minister Dr. v. Miquel.

Der Gesetzentwurf betr. die Synagogengemeinde-Verhältnisse in Frankfurt a. M. wird in dritter Lesung endgiltig angenommen.

Es folgt die erste Berathung der Anträge der Abgg. Mies (Ztr.) und Genossen und Weyerbusch (frk.) auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes.

Abg. Mies beantragt die Annahme eines Gesetzentwurfes, wonach Aufwendungen der Gemeinden, welche in überwiegendem Maße dem Gewerbebetriebe und dem Grundbesitze zum Vortheil gereichen, durch Realsteuer-Aufwendungen, welche überwiegend der Allgemeinheit zum Vortheil gereichen, durch Einkommensteuer-Zuschläge, und wenn kein überwiegender Vortheil nach der einen oder anderen Seite hin erkennbar ist, durch gleiche Prozentsätze der Real- und der Einkommensteuer-Zuschläge gedeckt werden. (Nach dem geltenden Gesetz sind die Realsteuern mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatze zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als die Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden.) — Antragsteller führt aus, daß die heutigen Bestimmungen den Grundbesitz und die Gewerbetreibenden in ungerechter Weise belasten. Seien die Realsteuern, namentlich die Grund- und Gebäudesteuer, an sich sehr lästig, weil sie nach dem Brutto-Ertrage berechnet werden, so wirkten die Zuschläge noch ungerechter.

Minister v. Miquel erkennt ein Reformbedürfniß für das Gemeindeabgabengesetz nicht an, namentlich nicht in der Richtung der vorliegenden Anträge, welche dem Grundgedanken der Gemeindesteuerreform widersprechen, der darauf gerichtet war, diejenigen Vermögensobjekte für die kommunale Besteuerung zu reserviren, die der Besteuerung nicht leicht entzogen werden können, wie namentlich der Grundbesitz. Sie können es heute in Elberfeld und Barmen beobachten, daß dort die wohlhabenden Leute ausziehen, weil man enorme Zuschläge zur Einkommensteuer erhebt und die Realsteuer schont. Den Grundbesitzern sind doch 190 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer, die früher der Staat erhob, geschenkt worden. Die angefochtenen Bestimmungen sind das Ergebniß eines eingehend berathenen und wohlüberlegten Kompromisses. Die Gemeinden würden unter der beantragten Aenderung am schwersten zu leiden haben. Ein Gesetz, das erst 5 Jahre in Kraft ist, schon zu revidiren, ist im allgemeinen nicht üblich, und ein besonderer Grund liegt in diesem Falle nicht vor. Will man durchaus den Grundbesitz erleichtern, dann wird man auch seine kommunalen Vorrechte in Frage ziehen müssen. Gerade Grundbesitz und Gewerbebetrieb belasten oft die Gemeinden sehr stark, sodaß schon aus diesem Grunde eine stärkere Besteuerung geboten ist. Dem Grundbesitz aber fließt der Ertrag der gemeindlichen Steueraufwendungen zu in Gestalt von Wertherhöhungen des Grund und Bodens. Wollte man es den Gemeindeverwaltungen überlassen, diese oder jene Steuer heranzuziehen, so würde das einen Krieg der einzelnen Klassen in den Gemeinden zur Folge haben, der nie aufhörte.

Abg Weyerbusch (frk.) begründet seinen Antrag, der in Form einer Resolution die Regierung auffordert, die bestehenden Vorschriften über die Realsteuerzuschläge durch andere, eine Ueberbürdung des Haus- und Grundbesitzes, sowie des Gewerbebetriebes ausschließende zu ersetzen. Redner trägt eine Reihe von Einzelfällen vor, die eine besondere Härte der Realsteuerzuschläge darthun.

Abg. v. Dallwitz (k.) wünscht, daß unter allen Umständen an dem Prinzip festgehalten werde, daß für die Gemeindebesteuerung die Realsteuern stärker heranzuziehen seien. Um aber die Beschwerden der Antragsteller zu prüfen, seien seine Freunde bereit, die Anträge in einer besonderen 14er Kommission zu berathen.

Abg. Hausmann (nl.) äußert sich in gleichem Sinne. Zur Beseitigung von Härten in Einzelfällen bedürfe es keiner Aenderung des bestehenden Gesetzes.

Geh.-Räthe Strutz und Gerlach bekämpfen die Anträge, deren Berücksichtigung viel größere Härten schaffen würde, als solche etwa gegenwärtig bestehen. Auf Einschränkung des staatlichen Bestätigungsrechtes könne die Regierung nicht eingehen.

Abg. Wolff (nl.) erklärt sich gegen beide Anträge, wie gegen jede Mehrbelastung der Einkommensteuer schon der Beamten wegen, die jeden Pfennig ihres Einkommens versteuern müßten.

Abg. Dr. Sattler (nl.) ist ebenfalls gegen die Anträge, empfiehlt aber der Regierung, ihr Bestätigungsrecht etwas kaulanter zu üben, als es bisher geschehen.

Generalsteuerdirektor Burghart tritt letzterem Vorwurfe entgegen.

Abg. Schmitz (Ztr.) und Dr. Bachem als Mitantragsteller befürworten den Antrag Mies. Auch Abgg. Frhr. v. Dobeneck (k.) und Ehlers (freis. Vg.) halten die Prüfung der Frage, ob nicht eine größere Schonung der Realsteuern geboten ist, für nöthig.

Die Anträge werden an eine besondere 14er Kommission verwiesen.

Donnerstag 11 Uhr: Antrag Langerhans auf Aufhebung einer alten Konsistorialordnung und Antrag Szmula (Ztr.) betr. ländliche Arbeiterfragen.

Schluß 4¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung am 7. Februar. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Graf Posadowsky und Reichsbankpräsident Koch.

Vor der Tagesordnung nimmt das Wort Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ehe wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause eine Trauerbotschaft mitzutheilen, (sämmtliche anwesenden Mitglieder erheben sich von den Plätzen, einschließlich der Sozialdemokraten.) Gestern gegen Abend ging mir folgendes Telegramm zu: (Der Präsident verliest ein Telegramm des Neffen des Grafen Caprivi, des Landraths Lamprecht, welches den Tod des Grafen Caprivi meldet und fährt fort:) Meine Herren, so wäre denn wenige Wochen nach dem Heimgange seines großen Amtsvorgängers auch der zweite Kanzler des deutschen Reiches von Gott aus dieser Zeitlichkeit abberufen worden. Graf Caprivi hat gewiß als Staatsmann nicht an die Größe seines großen Vorgängers herangereicht, aber auch er war ein Mann, der Deutschlands Wohl gefördert hat und dem es an Größe nicht gebrach. Groß war er in seiner unwandelbaren Pflichttreue, groß in seiner unbedingten Hingebung an seinen Kaiser und Herrn und an das deutsche Vaterland, groß endlich in ehrenhafter, wahrhaft ritterlicher Gesinnung. (Beifall.) So wird das Bild des zweiten Kanzlers in alle Zukunft vor dem deutschen Volke stehen als das Bild eines Ritters ohne Furcht und Tadel. (Beifall.) Sie haben sich erhoben, um das Andenken des Grafen Caprivi zu ehren, ich stelle dies fest. Ich habe ein Theilnahmsschreiben an den Landrath Lamprecht gerichtet, auch verfügt, daß ein Kranz auf den Sarg niedergelegt werde. Ich hoffe, Ihre Intentionen damit erfüllt zu haben. Ich habe die Absicht, mich am Donnerstag nach Skyren zu begeben, um im Namen des Reichstages die letzte Ehre dem dahingeschiedenen Reichskanzler zu erweisen. Für Mitglieder des Hauses, welche sich dem anschließen wollen, sind Plätze in den Salonwagen reservirt. Der Zug geht 8 Uhr 35 Minuten von der Friedrichstraße ab.

Das Extraordinarium des Postetats wird fast ohne Debatte genehmigt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend Abänderung des Bankgesetzes.

Staatssekretär Graf Posadowsky begründet die Vorlage und wendet sich namentlich gegen das Verlangen nach völliger Verstaatlichung der Reichsbank. Politische Einflüsse würden da zu sehr mitspielen. Jedenfalls wäre es zweifelhaft, ob eine stete parlamentarische Kontrole der Entwickelung der Bank förderlich wäre. Bei einer reinen Staatsbank müßten ferner alle Privatnotenbanken wegfallen. Auch dürfte eine Staatsbank kaum alle die Geschäfte, wie gegenwärtig, führen können zum Segen der Geschäftswelt, wie Giro-Lombard-Verkehr ꝛc. Weiter wendet sich der Staatssekretär gegen das Verlangen nach einer noch weit über die Vorlage hinausgehenden Verstärkung des Aktienkapitals der Reichsbank. Wir glauben, schließt Redner, mit dieser Novelle weder dem Kapitalismus, noch dem Partikularismus gedient zu haben. Wir haben aufrechterhalten, was sich 28 Jahre hindurch bewährt hat und nur geändert, was geändert werden muß.

Abg. Gamp (Rp.) geht auf die Verstaatlichungsfrage nicht näher ein, da er sich einen praktischen Erfolg davon nicht verspricht. Er schreibt auch der Verstaatlichung weniger eine prinzipielle Bedeutung zu, sieht darin vielmehr hauptsächlich nur eine finanzielle Frage. Redner wendet sich dann zu einigen Punkten, bezüglich deren ein großer Theil seiner Freunde Aenderungen der Vorlage für nöthig hält. Die Erhöhung des Grundkapitals sei zu geringfügig. Die Reichsbank soll dem Handel und Verkehr die nöthigen Betriebsmittel zur Verfügung stellen und somit einen übermäßigen Diskontfuß verhindern. Dazu genügt das vorgeschlagene Grundkapital nicht. In Frankreich ist der Diskont viel niedriger, obwohl Deutschland Frankreich auf vielen industriellen Gebieten erheblich überlegen ist und obwohl auch Deutschlands Baarmittel in den letzten Jahren eine erhebliche Vermehrung erfahren haben. Bestreiten muß ich, daß das Verbot des Getreideterminhandels in der Richtung gewirkt habe, daß umsomehr Baarmittel im Getreidehandel absorbirt würden. Ich führe den Mangel an Baarmitteln hauptsächlich zurück auf die übermäßige Anlegung von Mitteln in ausländischen Werthen. Es ist zu prüfen, ob die Zulassung ausländischer Werthe in solchen kritischen Zeiten nicht einfach zu verbieten sei! Redner verlangt Erhöhung des Grundkapitals um 80 Millionen (also auf 200) und Steigerung des Reservefonds mit der Zeit auf 50 pCt., sodaß das Bankkapital schließlich 300 Millionen erreichen würde, statt nur 210 Millionen, wie die Vorlage vorschlägt. Redner wirft der Reichsbank vor, daß sie selber unter ihrem offiziellen Diskontsatz diskontire, während mit Recht den Privatbanken verboten werde, unter dem Bankdiskont zu diskontiren. Vielleicht sei es aber überhaupt am besten, dieses Verbot an eine gewisse Höhe der Bankrate zu knüpfen, etwa an mindestens 4 pCt. Unannehmbar sei ihm Artikel 6, wonach die Bankantheilinhaber Anrecht auf die neuen 30 Millionen Mark Antheilscheine haben sollen. Mit demselben Recht könne man dieses Geschenk den Mitgliedern des Reichstages zuwenden. (Heiterkeit.) Er bitte das Haus, hier ganze Arbeit zu machen und nicht halbe.

Abg. Büsing (natlib.): Die große Mehrzahl meiner Freunde steht auf dem Boden der Vorlage, ohne sich jedoch hinsichtlich aller Einzelheiten zu binden. Ich selbst bin mit dem deutschen Handelstage der Ansicht, daß die bisherige Organisation der Reichsbank sich vortrefflich bewährt hat. Der hohe Diskont, über den geklagt wird, ist nun einmal eine unvermeidliche Folge des wirthschaftlichen Aufschwunges. Wenn Frankreich und England die Diskontbewegung in letzter Zeit weniger lebhaft war, so liegt das daran, daß in beiden Ländern wirthschaftlich ein gewisser Ruhepunkt erreicht zu sein scheint. Außerdem sind wir noch nicht im Stadium des Kapitalreichthums, sondern noch in dem der Kapitalansammlung. Weiter sind bei uns in den letzten Jahren enorm viel Anleihen untergebracht worden, namentlich mehr als in Frankreich. Nicht hoher Goldabfluß nach den Auslande, sondern vielmehr Goldabfluß in dem inneren Verkehr hat bei uns die Diskonterhöhung verschuldet. Angesichts der beiden Hauptaufgaben der Reichsbank: Schutz der Währung und Erleichterung des Zahlungsausgleichs, muß die dritte Aufgabe: Nutzbarmachung verfügbarer Kapitalien, zurücktreten. Die Reichsbank kann also nicht zugleich Zentral-Kredit-Institut sein und kann nur kurzfristige Kredite geben. Weiter weist Redner die Verstaatlichungsideen zurück. Eine Verstaatlichung der Reichsbank, der Hüterin unserer Goldwährung, verbiete sich auch schon deshalb, weil sie als erster Schritt zur Doppelwährung angesehen werden würde. Der Erhöhung des Grundkapitals steht Redner ganz kühl gegenüber, denn dasselbe sei doch nur Garantiekapital und für die eigentlichen Aufgaben der Bank sei es ganz gleich, ob das Kapital ein paar Mill. mehr oder weniger betrage. Damit, daß die neuen Antheilscheine mit einem Aufgelde zur allgemeinen Subskription ausgelegt werden, sei er selbst einverstanden. Was die Erweiterung des Notenausgaberechts anlange, so empfehle es sich, noch über 400 Mill. hinauszugehen, vielleicht bis 500 Mill. Wenn die Privatbanken nicht unter dem offiziellen Bankdiskont diskontiren dürften, was völlig berechtigt sei, so müsse auch der Reichsbank selbst diese Verpflichtung auferlegt werden. Redner kündigt den Antrag an, das jetzige Gesetz gleich auf 20 Jahre zu erlassen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärt, der größte Theil seiner Freunde halte an dem Verlangen nach Verstaatlichung der Reichsbank fest.

Reichsbankpräsident Koch: Wir haben niemals irgend einen gewerblichen Stand bevorzugt. Wir haben alle gleich berücksichtigt, auch die Landwirthschaft. Es liegt keinerlei Anlaß vor, das ist auch die Ueberzeugung der verb. Regierungen, an den erprobten Grundlagen unseres Bankwesens zu rütteln. Der ganze Betrieb würde bei einer reinen Staatsbank doch vielleicht etwas bureaukratischer sein, als er jetzt ist. Selbst Méline in Frankreich und andere dortige Autoritäten der Doppelwährung geben einer Privatbank den Vorzug. Und in Preußen haben gerade die schlimmen Erfahrungen, die man mit einer reinen Staatsbank gemacht hatte, 1846 zu dem gemischten System der Preußischen Bank geführt. Man bemängelt immer den hohen Diskont. Unser Kollegium von 8 Männern entschließt sich auch stets nur schwer zu einer Erhöhung, aber die Sache ist doch auch nicht ganz so schlimm. Jahrelang war der Diskont niedrig, erst mit dem wirthschaftlichen Aufschwung wurde es anders. Wir machen eben nicht den Diskont, sondern die Gesetze des Verkehrs machen ihn. Redner wendet sich dann gegen den Vorschlag einer Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents über den von der Regierung vorschlagenen Betrag hinaus. Eine zu hohe Grenze habe auch ihre Gefahren, denn man werde dann womöglich Diskontherabsetzungen verlangen, so lange die Grenze noch nicht erreicht sei.

Weiterberathung morgen 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Provinzialnachrichten.

Braunsberg, 6. Februar. (30 pCt. Dividende) zahlt die hiesige Brauerei Bergschlößchen für das Jahr 1898.

Schaaksvitte i. Ostpr., 1. Februar. (Ein Königsadler), ein Prachtexemplar, dessen Flügelspannung 2,29 Meter beträgt und der 6 Kilogramm schwer ist, wurde heute früh von dem königlichen Fischmeister hier erlegt.

Bromberg, 6. Februar. (Magdalenenheim.) Heute Abend fand in der Aula des königl. Gymnasiums eine von Herren und Damen besuchte Versammlung zur Gründung eines evangelischen Vereins zur Unterhaltung eines Magdalenenheims — zur Rettung gefallener Mädchen — statt. Nach einem längeren Vortrage des Herrn Generalsuperintenden Dr. Hesekiel aus Posen wurde die Gründung eines solchen Vereins beschlossen. Vorläufig befindet sich ein Magdalenen-Asyl im Krankenhause in Bleichfelde.

Bromberg, 7. Februar. (Von den Bewerbern um die Stelle des Ersten Bürgermeisters) in Bromberg sind jetzt drei zur engeren Wahl gestellt worden, und zwar die zweiten Bürgermeister Küntzer in Posen, Matting in Charlottenburg und Jochmus in Kassel.

Mogilno, 5. Februar. (Verkauf an die Ansiedelungskommission.) Dem „Goniec“ wird berichtet, daß das Herrn J. v. Chlapowski gehörige Gut Gozdanin, „eine Perle des Mogilnoer Kreises“, in den Besitz der Ansiedelungs-Kommission übergehen solle. Die Unterhandlungen seien bereits im Gange.

Wollstein, 6. Februar. (Ein schrecklicher Unglücksfall) ereignete sich am Freitag. Ein 23jähr. Sohn erschoß seine eigene Mutter infolge Unvorsichtigkeit. Von auswärtiger Arbeit heimgekehrt, brachte der junge Mann, der Arbeiter Lisiewicz aus Widzim, einen Revolver mit. Seine Mutter war bereits zu Bett gegangen; dieser wollte er die Einrichtung der Schußwaffe zeigen und erklären. Dabei entlud sich der geladene Revolver und die Kugel drang der Ahnungslosen durch das Herz. Die Frau war sofort todt. Die Staatsanwaltschaft hat bereits eine Untersuchung eingeleitet.

i **Posen**, 7. Februar. (Unter der Anklage), den Versuch gemacht zu haben, den kommandirenden General v. Bomsdorff, den Divisionskommandeur v. Haberling und den Stadtkommandanten von Livonius zu betrügen, stand heute der Kaufmann Alwin Pabsch aus Erfurt vor der hiesigen Strafkammer. Am 24. Dezember v. Js. richtete der wegen Betruges sehr oft vorbestrafte Angeklagte, der sich zu jener Zeit in Posen aufhielt, an die drei Generäle ein Schreiben, in dem er sie bat, ihm unter der Adresse „Wilhelm Bachmann, postlagernd“ einen Geldbetrag zu senden. Er sei Techniker und früherer Unteroffizier und möchte gern die Weihnachtsfeiertage bei seiner Mutter in Berlin verleben, habe aber kein Reisegeld. Die Generäle sandten kein Geld, sondern erstatteten Anzeige. Der Gerichtshof nahm nicht Betrugsversuch, sondern nur Betteln an und verurtheilte Pabsch zu drei Wochen Haft.

Bütow 5. Februar. (Ein schweres Unglück) ereignete sich in der Försterei Hopfenkrug. Dort fällte der Pächter Witzke aus Seemally Bäume. Eine Kiefer stürzte vorzeitig zur Erde und quetschte dem W. derartig die Brust zusammen, daß nach wenigen Stunden der Tod eintrat. Der Mann hinterläßt eine Wittwe und zwei Kinder.

Köslin, 6. Februar. (Die Strafkammer) verurtheilte heute den früheren Gemeindevorsteher Weylandt aus Technow, Kreis Schivelbein, welcher als Wahlkommissar bei der letzten Reichstagswahl Stimmzettel umgetauscht hat, wegen Wahlfälschung zu zwei Monaten Gefängniß.

Stettin, 6. Februar. (National-Hypotheken-Kreditgesellschaft.) In der Aufsichtsrathssitzung der National-Hypotheken-Kreditgesellschaft wurde die Bilanz vorgelegt. Diese weist gegen das Vorjahr eine Verminderung der Unterbilanz um etwa 1 300 000 Mk. auf, welcher Betrag sich zur Hälfte aus Leistungen der Genossen und zur anderen Hälfte aus sonstigen Gewinnen zusammensetzt. Der Antrag zur Notirung der umgewandelten Pfandbriefe an der Berliner Börse wird schleunigst aufs neue eingebracht werden.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. Am 9. Februar 1801, vor 98 Jahren, wurde zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche der Friede von Lüneville abgeschlossen, durch welchen die deutsche Nation durch Abtretung des linken Rheinufers in ihrer Gesammtheit einen Verlust erlitt, der die politische Unabhängigkeit bedrohte. Wohl erhielten die deutschen Reichsstände in den Bisthümern und Stiften auf dem rechten Rheinufer reichliche Entschädigung. Allein Deutschland verlor bei diesem Ausgleichsverfahren etwa 1150 Quadratmeilen an Gebiet und beinahe vierthalb Millionen Bewohner.

Thorn, 8. Februar 1899.

— (Ergebnisse der Volksschullehrerprüfungen in Westpreußen im Jahre 1898.) An den sechs Seminaren unserer Provinz haben im Jahre 1898 das erste Lehrerexamen im ganzen 192 Seminar-Abiturienten und 20 Schulamtsbewerber gemacht. Von den letzteren bestanden 9, von den ersteren 179. Es sind also von den Seminarzöglingen 6,8 pCt. und von den Schulamtsbewerbern 55 pCt. bei der ersten Lehrerprüfung durchgefallen. Bei den Seminaren zu Tuchel, Löbau und Marienburg bestanden sämmtliche Abiturienten, dagegen in Graudenz von 30 = 29, in Berent von 33 = 27, in Pr.-Friedland im Hauptkursus von 21 = 20 und im Nebenkursus von 25 = 20. Es sind also im Jahre 1898 im ganzen 188 junge Leute ins Volksschulamt neu eingetreten, gegen 197 im Jahre zuvor. — Behufs endgiltiger Anstellung machten 1898 an den sechs Seminaren Westpreußens 226 Volksschullehrer die zweite Lehrerprüfung, während sich im Jahre zuvor 211 derselben unterzogen. Die größte Theilnehmerzahl hatten die Seminare zu Löbau und Pr. Friedland mit 46 und 44, die geringste die Seminare zu Berent und Graudenz mit 28 und 26 Lehrern aufzuweisen. Von den 226 Lehrern bestanden 149. Im Vorjahre machten von 211 Lehrern 140 die zweite Prüfung mit Erfolg. Damals fielen also 33,7 pCt. der Prüflinge bei der zweiten Lehrerprüfung durch. Im Jahre 1898 stellt sich der Prozentsatz der Durchgefallenen noch etwas höher, auf 34,07 pCt. Es sind also die Ergebnisse der zweiten Lehrerprüfungen wieder sehr ungünstige. So schlechte Resultate haben dieselben in den letzten 15 Jahren überhaupt nicht gezeitigt. In den Jahren von 1884 bis 1896 schwankte der Prozentsatz der Durchgefallenen zwischen 27,3 (1895) und 13,3 pCt. (1893). Interessant ist auch eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der zweiten Lehrerprüfungen an den einzelnen Seminaren. Es bestanden in:

	1898:	1897:
Berent	53,57 pCt.	70,96 pCt.
Marienburg . .	63,41 „	75,75 „
Pr. Friedland .	63,63 „	65,30 „
Graudenz . . .	69,23 „	75,00 „
Löbau	69,56 „	52,63 „
Tuchel	73,17 „	66,66 „
Im Durchschnitt	69,93 pCt.	66,30 pCt.

Die besten Resultate hatten also die Seminare zu Tuchel und Löbau, die ungünstigsten die zu Berent und Marienburg aufzuweisen. Gegen das Vorjahr verbessert haben sich die Ergebnisse an den Seminaren zu Tuchel und Löbau, an den anderen vier Seminaren dagegen verschlechtert. Nicht ohne Interesse ist es auch, wenn die Resultate der zweiten Lehrerprüfungen für die evangelischen und katholischen Seminare gesondert berechnet werden, um so den Unterschied festzustellen. Dann ergiebt sich folgendes: Im Jahrzehnt von 1885 bis 1894 sind die zweiten Lehrerprüfungen an den evangelischen Seminaren durchweg günstiger ausgefallen als an den katholischen. Der Unterschied schwankte zwischen 3,6 pCt. (1885) und 20,85 pCt. (1887). Seit 1895 ist das entgegengesetzte eingetreten: Die katholischen Seminare haben bessere Ergebnisse bei den zweiten Lehrerprüfungen aufzuweisen als die evangelischen. Pro 1898 beträgt die Differenz allerdings nur 0,66 pCt., denn bei den katholischen Seminaren brstanden von 95 Lehrern 63 = 66,31 pCt. und bei den evangelischen Seminaren von 131 Lehrern 86 = 65,65 pCt.

— (In den Kreisen der Postbeamten) wird die Mittheilung, die der Staatssekretär des Reichspostamtes, von Podbielski, in der Montagssitzung des Reichstages machte und nach welcher der Kaiser die Einführung einer Sommeruniform für die Postbeamten genehmigt hat, große Freude hervorrufen. Es wird ihnen damit ein Wunsch erfüllt, für den sie seit langen Jahren vergeblich eingetreten sind.

— (Taubstumme vor Gericht.) Das Reichsgericht hat vor kurzem entschieden, daß Taubstumme, die sprechen gelernt haben, vor Gericht ihre Aussagen nicht durch Vermittelung eines Dolmetschers zu erstatten brauchen.

— (Zum Künstler-Konzert am 1. März.) Im letztvergangenen Herbste konzertirte das Künstlerpaar Frau Adelina Herms-Sandow und ihr Gatte Eugen Sandow in Wiesbaden. Wir entnehmen darüber dem „Wiesbadener Tageblatt" folgendes: „Die Stimme der Frau Herms-Sandow ist ein weicher, außerordentlich wohlklingender, man möchte sagen, süßer Mezzosopran, dessen natürliche Schönheit noch wesentlich gehoben wird durch eine vorzügliche Schule. Ihr Organ erscheint durchaus egalisirt, der Tonansatz tadellos, die Aussprache nobel, der Vortrag war beseelt und auf das feinste nuanzirt; mit einem Worte, Frau Herms-Sandow bietet einen wahrhaft schönen Kunstgesang. Ihr steht der Ernst im Ausdrucke ebenso zu Gebote, wie der Humor und der naiv neckische Ton. Von den vielen Liedern, welche sie sang — mit den Zugaben waren es nicht weniger als vierzehn — wüßten wir keines, in welchem ihr Vortrag sich gerade wesentlich von denjenigen der übrigen abgehoben hätte. Alles, was Frau Herms-Sandow gestern sang, interessirte durch warme, farbenreiche und fein abschattirte Wiedergabe, und nach jedem Liede erntete sie rauschenden Beifall. Ihr Gatte Herr Eugen Sandow ist ein vorzüglicher Cello-Solist. Unter sicherer, eleganter Bogenführung blieb der Ton voll und warm, die Technik geschmackvoll und sicher abgerundet, der Vortrag vornehm. Infolge wiederholten Herausrufes mußte auch er sich zu einer Zugabe bestimmen lassen." Das Programm zu dem Konzert am 1. März ist soeben eingetroffen und hat die gediegendste Zusammensetzung, es bietet auserlesene Nummern. Vom Veranstalter des Konzerts ist eine pekuniäre Garantie wiederum nicht übernommen, sodaß das Zustandekommen auch dieses Konzerts von den Vorbestellungen auf Billets abhängt. Bei dem Ruf des Künstlerpaares ist aber wohl zu erwarten, daß es für dasselbe an dem Interesse unserer Musikfreunde und an Besuch nicht fehlen wird.

Mannigfaltiges.

(Ueber eine schreckliche Massenvergiftung) berichten die Moskauer Tageszeitungen. Das Unglück betrifft die ganze Familie eines allgemein geachteten Großkaufmanns aus der N.-Straße. Lassen wir einem der großen Moskauer Lokalblätter das Wort: Es war etwa um die zehnte Morgenstunde, als die Polizei, nach verschiedentlichem erfolglosem Klopfen des Bäckers, der Milchfrau, des Zeitungs- und des Briefträgers die Wohnung des Großkaufmanns K. auf gewaltsamem Wege öffnen ließ. Zwei höhere Polizeibeamte drangen hierauf in die einzelnen Zimmer ein. Alles schlief noch. In der Schlafstube des Ehepaares, in den beiden Kinderzimmern und in der Mädchenkammer war es still. Die Vorhänge waren herabgelassen, die Beamten zogen dieselben zurück, allein niemand rührte sich, sodaß es den Vertretern der Behörde immer deutlicher wurde, daß hier etwas schreckliches geschehen sein mußte. Die Sanitätspolizei wurde telephonisch herbeigerufen. Nun begann, nachdem der Tod sämmtlicher Hausgenossen konstatirt und alle Wiederbelebungsversuche erfolglos geblieben waren, eine genaue Durchsuchung nach der Ursache des so plötzlich eingetretenen Todes. Ein Mordversuch lag nach dem Aussehen der Leichen unmöglich vor; es konnte sich also nur um eine Erstickung oder Vergiftung handeln. Nachdem alle Gegenstände des Hausrathes amtlich mit Beschlag belegt und die Leichen in das Schauhaus überführt worden waren, fand man bereits am nächsten Morgen bei der chemischen Untersuchung eine Konservenbüchse, deren Inhalt aus Pilzen bestand, die man am Abend vor dem Todesfall wahrscheinlich gegessen hatte — wenigstens wiesen Speisereste auf den noch nicht gereinigten Tellern darauf hin — daß diese Pilze die Urheber des raschen Todes gewesen waren, der in einer einzigen Nacht elf blühende Menschenleben zum Opfer gefordert hatte. Zu einer außerodentlich imposanten Kundgebung gestaltete sich schließlich noch der Leichenzug, dem gegen zweitausend Personen folgten.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Wartmann in Thorn.

Amtliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse
von Dienstag den 7. Februar 1899.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. hochbunt und weiß 740—772 Gr. 156—162 Mk. bez, inländ. bunt 729—766 Gr. 153—156 Mk. bez., inländ. roth 740—774 Gr. 154—158 Mk. bez.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogr. per 714 Gr. Normalgewicht inländisch grobkörnig 685 bis 738 Gr. 135-140 Mk. bez., transito grobkörnig 714 Gr. 105½ Mk. bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. große 686 Gr. 141 Mk. bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. transito weiße 120 Mk. bez.

Bohnen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 127 Mk. bez.

Wicken per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 115 Mk. bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 124—128 Mk. bez.

Mais per Tonne von 1000 Kilogramm transito 82 Mk. bez.

Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 3,90—4,00 Mk. bez., Roggen- 4,40 Mk. bez.

Rohzucker per 50 Kilogr. Tendenz: ruhig. Rendement 88° Transitpreis ab Lager Neufahrwasser 9,37½ Mk. inkl. Sack bez.

Hamburg, 6. Februar. Rüböl ruhig, loko 46,50. — Petroleum ruhig, Standard white loko 6,85. — Wetter: Schön, Kalt.

9. Februar	Sonn.-Aufgang	7.31 Uhr.
	Mond-Aufgang	6.43 Uhr.
	Sonn.-Unterg.	4.59 Uhr.
	Mond-Unterg.	4. 4 Uhr.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.